

Schedule 1
Provisions regarding resolutions of Holders

GERMAN LANGUAGE VERSION

Die folgenden Bestimmungen über Beschlüsse der Anleihegläubiger sind in die Anleihebedingungen einbezogen und damit Teil dieser Bedingungen.

Abschnitt A

**BESTIMMUNGEN ÜBER GLÄUBIGERBESCHLÜSSE, DIE IN EINER GLÄUBIGER-
VERSAMMLUNG GEFASST WERDEN**

§ 1

Einberufung der Gläubigerversammlung

- (1) Die Gläubigerversammlung wird von der Emittentin oder von dem gemeinsamen Vertreter der Anleihegläubiger einberufen. Sie ist einzuberufen, wenn Anleihegläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen 5 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen erreichen, dies schriftlich mit der Begründung verlangen, sie wollten einen gemeinsamen Vertreter bestellen oder abberufen, sie wollten nach § 5 Absatz 5 Satz 2 des Schuldverschreibungsgesetzes über das Entfallen der Wirkung der Kündigung beschließen oder sie hätten ein sonstiges besonderes Interesse an der Einberufung.
- (2) Anleihegläubiger, deren berechtigtem Verlangen nicht entsprochen worden ist, können bei Gericht beantragen, sie zu ermächtigen, die Gläubigerversammlung einzuberufen. Das Gericht kann zugleich den Vorsitzenden der Versammlung bestimmen. Auf die Ermächtigung muss in der Bekanntmachung der Einberufung hingewiesen werden.
- (3) Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk die Emittentin ihren Sitz hat oder mangels eines Sitzes in der Bundesrepublik Deutschland das Amtsgericht Frankfurt am Main. Gegen die Entscheidung des Gerichts ist die Beschwerde statthaft.
- (4) Die Emittentin trägt die Kosten der Gläubigerversammlung und, wenn das Gericht dem Antrag nach Absatz 2 stattgegeben hat, auch die Kosten dieses Verfahrens.

§ 2

Frist, Anmeldung, Nachweis

- (1) Die Gläubigerversammlung ist mindestens 14 Tage vor dem Tag der Versammlung einzuberufen.
- (2) Sieht die Einberufung vor, dass die Teilnahme an der Gläubigerversammlung oder die Ausübung der Stimmrechte davon abhängig ist, dass sich die Anleihegläubiger vor der Versammlung anmelden, so tritt für die Berechnung der Einberufungsfrist an die Stelle des Tages der Versammlung der Tag, bis zu dessen Ablauf sich die Anleihegläubiger vor der Versammlung anmelden müssen. Die Anmeldung muss unter der in der Bekanntmachung der Einberufung mitgeteilten Adresse spätestens am dritten Tag vor der Gläubigerversammlung zugehen.
- (3) Die Einberufung kann vorsehen, wie die Berechtigung zur Teilnahme an der Gläubigerversammlung nachzuweisen ist. Sofern die Einberufung nichts anderes bestimmt, berechtigt ein von einem durch die Emittentin zu ernennenden Beauftragten ausgestellter Stimmzettel seinen Inhaber zur Teilnahme an und zur Stimmabgabe in der Gläubigerversammlung. Der Stimmzettel kann vom Anleihegläubiger bezogen werden, indem er mindestens sechs Tage vor der für die Gläubigerversammlung bestimmten Zeit (a) seine Schuldverschreibungen bei einem durch die Emittentin zu ernennenden Beauftragten oder gemäß einer Weisung dieses Beauftragten bei einer von dem Beauftragten benannten Depotbank oder anderen Verwahrer für die Zwecke der Teilnahme an und Stimmabgabe in der Gläubigerversammlung hinterlegt hat oder (b) seine Schuldverschreibungen bei einer Depotbank in Übereinstimmung mit deren Verfahrensregeln gesperrt sowie einen Nachweis über die Inhaberschaft und Sperrung der

Schuldverschreibungen an den Beauftragten der Emittentin geliefert hat. Der Stimmzettel ist zu datieren und muss die fragliche Gläubigerversammlung bezeichnen sowie den ausstehenden Betrag und etwaige Seriennummern der Schuldverschreibungen, die entweder hinterlegt oder bei einer Depotbank gesperrt sind, angeben. Die Einberufung kann auch die Erbringung eines Identitätsnachweises der ein Stimmrecht ausübenden Person vorsehen. Hat der jeweilige Beauftragte der Emittentin einen Stimmzettel für eine Schuldverschreibung ausgegeben, dürfen die Schuldverschreibungen solange nicht freigegeben bzw. deren Übertragung zugelassen werden, bis entweder die Gläubigerversammlung beendet oder der jeweiligen Beauftragten der Stimmzettel zurückgegeben worden ist. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Anleihegläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearingsystems.

§ 3

Ort der Gläubigerversammlung

Die Gläubigerversammlung soll bei einer Emittentin mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland am Sitz der Emittentin stattfinden. Sind die Schuldverschreibungen an einer Wertpapierbörse im Sinne des § 1 Absatz 3e des Kreditwesengesetzes zum Handel zugelassen, deren Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, so kann die Gläubigerversammlung auch am Sitz dieser Wertpapierbörse stattfinden. § 30a Absatz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes bleibt unberührt.

§ 4

Inhalt der Einberufung, Bekanntmachung

- (1) In der Einberufung (die "**Einberufung**") müssen die Firma, der Sitz der Emittentin, die Zeit und der Ort der Gläubigerversammlung sowie die Bedingungen angegeben werden, von denen die Teilnahme an der Gläubigerversammlung und die Ausübung des Stimmrechts abhängen, einschließlich der in § 2 Absatz 2 und 3 genannten Voraussetzungen.
- (2) Die Einberufung ist unverzüglich im elektronischen Bundesanzeiger sowie zusätzlich gemäß den Bestimmungen in § 11 (Bekanntmachungen) der Anleihebedingungen öffentlich bekannt zu machen. Die Kosten der Bekanntmachung hat die Emittentin zu tragen.
- (3) Die Emittentin hat die Einberufung und die genauen Bedingungen, von denen die Teilnahme an der Gläubigerversammlung und die Ausübung des Stimmrechts abhängen, vom Tag der Einberufung an bis zum Tag der Gläubigerversammlung im Internet unter ihrer Adresse den Anleihegläubigern zugänglich zu machen.

§ 5

Tagesordnung

- (1) Zu jedem Gegenstand, über den die Gläubigerversammlung beschließen soll, hat der Einberufende in der Tagesordnung einen Vorschlag zur Beschlussfassung zu machen.
- (2) Die Tagesordnung der Gläubigerversammlung ist mit der Einberufung bekannt zu machen. § 4 Absatz 2 und 3 gilt entsprechend. Über Gegenstände der Tagesordnung, die nicht in der vorgeschriebenen Weise bekannt gemacht sind, dürfen Beschlüsse nicht gefasst werden.
- (3) Anleihegläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen 5 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen erreichen, können verlangen, dass neue Gegenstände zur Beschlussfassung bekannt gemacht werden; § 1 Absatz 2 bis 4 gilt entsprechend. Diese neuen Gegenstände müssen spätestens am dritten Tag vor der Gläubigerversammlung bekannt gemacht sein.
- (4) Gegenanträge, die ein Anleihegläubiger vor der Versammlung angekündigt hat und die möglichst schriftlich gestellt werden, muss die Emittentin unverzüglich bis zum Tag der Gläubigerversammlung im Internet unter ihrer Adresse den Anleihegläubigern zugänglich machen.

§ 6

Vertretung

(1) Jeder Anleihegläubiger kann sich in der Gläubigerversammlung durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Hierauf ist in der Einberufung der Gläubigerversammlung hinzuweisen. In der Einberufung ist auch anzugeben, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um eine wirksame Vertretung zu gewährleisten.

(2) Die Vollmacht und Weisungen des Vollmachtgebers an den Vertreter bedürfen der Textform. Wird ein von der Emittentin benannter Stimmrechtsvertreter bevollmächtigt, so ist die Vollmachtserklärung von der Emittentin drei Jahre nachprüfbar festzuhalten.

§ 7

Vorsitz, Beschlussfähigkeit

(1) Der Einberufende führt den Vorsitz in der Gläubigerversammlung, sofern nicht das Gericht einen anderen Vorsitzenden bestimmt hat.

(2) In der Gläubigerversammlung ist durch den Vorsitzenden ein Verzeichnis der erschienenen oder durch Bevollmächtigte vertretenen Anleihegläubiger aufzustellen. Im Verzeichnis sind die Anleihegläubiger unter Angabe ihres Namens, Sitzes oder Wohnorts sowie der Zahl der von jedem vertretenen Stimmrechte aufzuführen. Das Verzeichnis ist vom Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben und allen Anleihegläubigern unverzüglich zugänglich zu machen.

(3) Die Gläubigerversammlung ist beschlussfähig, wenn die Anwesenden wertmäßig mindestens 50 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen vertreten. Wird in der Gläubigerversammlung die mangelnde Beschlussfähigkeit festgestellt, kann der Vorsitzende eine zweite Versammlung zum Zweck der erneuten Beschlussfassung einberufen. Die zweite Versammlung ist beschlussfähig; für Beschlüsse, zu deren Wirksamkeit eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, müssen die Anwesenden mindestens 25 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen vertreten. Schuldverschreibungen, deren Stimmrechte ruhen, zählen nicht zu den ausstehenden Schuldverschreibungen.

§ 8

Auskunftspflicht, Abstimmung, Niederschrift

(1) Die Emittentin hat jedem Anleihegläubiger auf Verlangen in der Gläubigerversammlung Auskunft zu erteilen, soweit sie zur sachgemäßen Beurteilung eines Gegenstands der Tagesordnung oder eines Vorschlags zur Beschlussfassung erforderlich ist.

(2) Auf die Abgabe und die Auszählung der Stimmen sind die Vorschriften des Aktiengesetzes über die Abstimmung der Aktionäre in der Hauptversammlung entsprechend anzuwenden, soweit nicht in der Einberufung etwas anderes vorgesehen ist.

(3) Jeder Beschluss der Gläubigerversammlung bedarf zu seiner Gültigkeit der Beurkundung durch eine über die Verhandlung aufgenommene Niederschrift. Findet die Gläubigerversammlung in der Bundesrepublik Deutschland statt, so ist die Niederschrift durch einen Notar aufzunehmen; bei einer Gläubigerversammlung im Ausland muss eine Niederschrift gewährleistet sein, die der Niederschrift durch einen Notar gleichwertig ist. § 130 Absatz 2 bis 4 des Aktiengesetzes gilt entsprechend. Jeder Anleihegläubiger, der in der Gläubigerversammlung erschienen oder durch Bevollmächtigte vertreten war, kann binnen eines Jahres nach dem Tag der Versammlung von der Emittentin eine Abschrift der Niederschrift und der Anlagen verlangen.

§ 9

Bekanntmachung von Beschlüssen

- (1) Die Emittentin hat die Beschlüsse der Anleihegläubiger auf ihre Kosten in geeigneter Form öffentlich bekannt zu machen. Hat die Emittentin ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, so sind die Beschlüsse unverzüglich im elektronischen Bundesanzeiger sowie zusätzlich gemäß den Bestimmungen in § 11 (Bekanntmachungen) der Anleihebedingungen zu veröffentlichen; die nach § 30e Absatz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes vorgeschriebene Veröffentlichung ist jedoch ausreichend.
- (2) Außerdem hat die Emittentin die Beschlüsse der Anleihegläubiger sowie, wenn ein Gläubigerbeschluss die Anleihebedingungen ändert, den Wortlaut der ursprünglichen Anleihebedingungen vom Tag nach der Gläubigerversammlung an für die Dauer von mindestens einem Monat im Internet unter ihrer Adresse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

§ 10

Insolvenzverfahren

- (1) Ist über das Vermögen der Emittentin in der Bundesrepublik Deutschland das Insolvenzverfahren eröffnet worden, so unterliegen die Beschlüsse der Anleihegläubiger den Bestimmungen der Insolvenzordnung, soweit in den folgenden Absätzen nicht anderes bestimmt ist. § 340 der Insolvenzordnung bleibt unberührt.
- (2) Die Anleihegläubiger können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Insolvenzverfahren einen gemeinsamen Vertreter für alle Anleihegläubiger bestellen. Soweit ein gemeinsamer Vertreter für alle Anleihegläubiger noch nicht bestellt worden ist, hat das Insolvenzgericht zu diesem Zweck eine Gläubigerversammlung nach den Vorschriften des Schuldverschreibungsgesetzes einzuberufen.
- (3) Ein gemeinsamer Vertreter für alle Anleihegläubiger ist allein berechtigt und verpflichtet, die Rechte der Anleihegläubiger im Insolvenzverfahren geltend zu machen, dabei braucht er die Schuldurkunde nicht vorzulegen.
- (4) In einem Insolvenzplan sind den Anleihegläubigern gleiche Rechte anzubieten.
- (5) Das Insolvenzgericht wird veranlassen, dass die Bekanntmachungen nach den Bestimmungen des Schuldverschreibungsgesetzes zusätzlich im Internet unter der durch § 9 der Insolvenzordnung vorgeschriebenen Adresse veröffentlicht werden.

§ 11

Anfechtung von Beschlüssen

- (1) Ein Beschluss der Anleihegläubiger kann wegen Verletzung des Gesetzes oder der Anleihebedingungen durch Klage angefochten werden. Wegen unrichtiger, unvollständiger oder verweigerter Erteilung von Informationen kann ein Beschluss der Anleihegläubiger nur angefochten werden, wenn ein objektiv urteilender Anleihegläubiger die Erteilung der Information als wesentliche Voraussetzung für sein Abstimmungsverhalten angesehen hätte.
- (2) Zur Anfechtung ist befugt
1. jeder Anleihegläubiger, der an der Abstimmung teilgenommen und gegen den Beschluss fristgerecht Widerspruch erklärt hat, sofern er die Schuldverschreibung vor der Bekanntmachung der Einberufung der Gläubigerversammlung oder vor der Aufforderung zur Stimmabgabe in einer Abstimmung ohne Versammlung erworben hatte;

2. jeder Anleihegläubiger, der an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, wenn er zur Abstimmung zu Unrecht nicht zugelassen worden ist oder wenn die Versammlung nicht ordnungsgemäß einberufen oder zur Stimmabgabe nicht ordnungsgemäß aufgefordert worden ist oder wenn ein Gegenstand der Beschlussfassung nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden ist.

(3) Die Klage ist binnen eines Monats nach der Bekanntmachung des Beschlusses zu erheben. Sie ist gegen die Emittentin zu richten. Zuständig für die Klage ist bei einer Emittentin mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich das Landgericht, in dessen Bezirk die Emittentin ihren Sitz hat, oder mangels eines Sitzes in der Bundesrepublik Deutschland das Landgericht Frankfurt am Main; § 246 Absatz 3 Satz 2 bis 6 des Aktiengesetzes gilt entsprechend. Vor einer rechtskräftigen Entscheidung des Gerichts darf der angefochtene Beschluss nicht vollzogen werden, es sei denn, ein Senat des dem nach Satz 3 zuständigen Gericht im zuständigen Rechtszug übergeordneten Oberlandesgerichts stellt auf Antrag der Emittentin nach Maßgabe des § 246a des Aktiengesetzes fest, dass die Erhebung der Klage dem Vollzug des angefochtenen Beschlusses nicht entgegensteht; § 246a Absatz 1 Sätze 1 und 2, Absätze 2 und 3 Sätze 1 bis 4 und 6, Absatz 4 des Aktiengesetzes gilt entsprechend.

§ 12

Vollziehung von Beschlüssen

(1) Beschlüsse der Gläubigerversammlung, durch welche der Inhalt der Anleihebedingungen abgeändert oder ergänzt wird, sind in der Weise zu vollziehen, dass die maßgebliche Sammelurkunde ergänzt oder geändert wird. Im Fall der Verwahrung der Sammelurkunde durch eine Wertpapiersammelbank hat der Versammlungsleiter dazu den in der Niederschrift dokumentierten Beschlussinhalt an die Wertpapiersammelbank zu übermitteln mit dem Ersuchen, die eingereichten Dokumente den vorhandenen Dokumenten in geeigneter Form beizufügen. Er hat gegenüber der Wertpapiersammelbank zu versichern, dass der Beschluss vollzogen werden darf.

(2) Der Gemeinsame Vertreter darf von der ihm durch Beschluss erteilten Vollmacht oder Ermächtigung keinen Gebrauch machen, solange der zugrunde liegende Beschluss noch nicht vollzogen werden darf.

Abschnitt B
BESTIMMUNGEN ÜBER GLÄUBIGERBESCHLÜSSE, DIE IN EINER
ABSTIMMUNG OHNE VERSAMMLUNG GEFASST WERDEN

Abstimmung ohne Versammlung

- (1) Auf die Abstimmung ohne Versammlung sind die Vorschriften der §§ 1 bis 12 des Abschnitts A entsprechend anzuwenden, soweit in den folgenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Abstimmung wird vom Abstimmungsleiter geleitet. Abstimmungsleiter ist ein von der Emittentin beauftragter Notar oder der gemeinsame Vertreter der Anleihegläubiger, wenn er zu der Abstimmung aufgefordert hat, oder eine vom Gericht bestimmte Person. § 1 Absatz 2 Satz 2 des Abschnitts A ist entsprechend anwendbar.
- (3) In der Aufforderung zur Stimmabgabe ist der Zeitraum anzugeben, innerhalb dessen die Stimmen abgegeben werden können. Er beträgt mindestens 72 Stunden. Während des Abstimmungszeitraums können die Anleihegläubiger ihre Stimme gegenüber dem Abstimmungsleiter in Textform abgeben. In der Einberufung können auch andere Formen der Stimmabgabe vorgesehen werden. In der Aufforderung muss im Einzelnen angegeben werden, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Stimmen gezählt werden.
- (4) Der Abstimmungsleiter stellt die Berechtigung zur Stimmabgabe anhand der eingereichten Nachweise fest und erstellt ein Verzeichnis der stimmberechtigten Anleihegläubiger. Wird die Beschlussfähigkeit nicht festgestellt, kann der Abstimmungsleiter eine Gläubigerversammlung einberufen; die Versammlung gilt als zweite Versammlung im Sinne des § 7 Absatz 3 Satz 3 des Abschnitts A. Über jeden in der Abstimmung gefassten Beschluss ist eine Niederschrift aufzunehmen; § 8 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Abschnitts A gilt entsprechend. Jeder Anleihegläubiger, der an der Abstimmung teilgenommen hat, kann binnen eines Jahres nach Ablauf des Abstimmungszeitraums von der Emittentin eine Abschrift der Niederschrift nebst Anlagen verlangen.
- (5) Jeder Anleihegläubiger, der an der Abstimmung teilgenommen hat, kann gegen das Ergebnis schriftlich Widerspruch erheben binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung der Beschlüsse. Über den Widerspruch entscheidet der Abstimmungsleiter. Hilft er dem Widerspruch ab, hat er das Ergebnis unverzüglich bekannt zu machen; § 9 des Abschnitts A gilt entsprechend. Hilft der Abstimmungsleiter dem Widerspruch nicht ab, hat er dies dem widersprechenden Anleihegläubiger unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (6) Die Emittentin hat die Kosten einer Abstimmung ohne Versammlung zu tragen und, wenn das Gericht einem Antrag nach § 1 Absatz 2 des Abschnitts A stattgegeben hat, auch die Kosten des Verfahrens.

ENGLISH LANGUAGE VERSION

The following provisions regarding resolutions of Holders constitute part of the Terms and Conditions of the Notes and are incorporated therein by reference.

Part A PROVISIONS APPLICABLE TO RESOLUTIONS TO BE PASSED AT MEETINGS OF HOLDERS

§ 1

Convening the Meeting of Holders

- (1) Meetings of Holders (each a "**Holders' Meeting**") shall be convened by the Issuer or by the Holders' Representative. A Holders' Meeting must be convened if one or more Holders holding together not less than 5 per cent. of the outstanding Notes so require in writing, stating that they wish to appoint or remove a Holders' Representative, that pursuant to § 5(5) sentence 2 Act on Debt Securities (*Schuldverschreibungsgesetz*) a notice of termination ceases to have effect or that they have another specific interest in having a Holders' Meeting convened.
- (2) Holders whose legitimate request is not fulfilled may apply to the competent court to authorise them to convene a Holders' Meeting. The court may also determine the chairman of the meeting. Any such authorisation must be disclosed in the publication of the convening notice.
- (3) The competent court shall be the court at place of the registered office of the Issuer, or if the Issuer has no registered office in Germany, the local court (*Amtsgericht*) in Frankfurt am Main. The decision of the court may be appealed.
- (4) The Issuer shall bear the costs of the Holders' Meeting and, if the court has granted leave to the application pursuant to subsection (2) above, also the costs of such proceedings.

§ 2

Notice Period, Registration, Proof

- (1) A Holders' Meeting shall be convened not less than 14 days before the date of the meeting.
- (2) If the Convening Notice provide(s) that attendance at a Holders' Meeting or the exercise of the voting rights shall be dependent upon a registration of the Holders before the meeting, then for purposes of calculating the period pursuant to subsection (1) the date of the meeting shall be replaced by the date by which the Holders are required to register. The registration notice must be received at the address set forth in the Convening Notice no later than on the third day before the Holders' Meeting.
- (3) The Convening Notice shall provide what proof is required to be entitled to take part in the Holders' Meeting. Unless otherwise provided in the Convening Notice, for Notes represented by a Global Note a voting certificate obtained from an agent to be appointed by the Issuer shall entitle its bearer to attend and vote at the Holders' Meeting. A voting certificate may be obtained by a Holder if at least six days before the time fixed for the Holders' Meeting, such Holder (a) deposits its Notes for such purpose with an agent to be appointed by the Issuer or to the order of such agent with a Depositary Bank or other depositary nominated by such agent for such purpose or (b) blocks its Notes in an account with a Depositary Bank in accordance with the procedures of the Depositary Bank and delivers a confirmation stating the ownership and blocking of its Notes to the agent of the Issuer. The voting certificate shall be dated and shall specify the Holders' Meeting concerned and the total number, the outstanding amount and the serial numbers (if any) of the Notes either deposited or blocked in an account with the Depositary Bank. The Convening Notice may also require a proof of identity of a person exercising a voting right. Once the relevant agent of the Issuer has issued a voting certificate for a Holders' Meeting in respect of a Note, the Notes shall neither be released nor permitted to be transferred until either such Holders' Meeting has been concluded or the voting certificate has been surrendered to the relevant agent of the Issuer. "**Depositary Bank**" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities

custody business with which the Holder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System.

§ 3

Place of the Holders' Meeting

If the Issuer has its registered office in Germany, the Holders' Meeting shall be held at the place of such registered office. If the Notes are admitted for trading on a stock exchange within the meaning of § 1(3e) of the Banking Act (*Gesetz über das Kreditwesen*) which is located in a member state of the European Union or a state which is a signatory of the agreement on the European Economic Area, the Holders' Meeting may also be held at the place of the relevant stock exchange. § 30a(2) of the Securities Trading Act (*Wertpapierhandelsgesetz*) shall remain unprejudiced.

§ 4

Contents of the Convening Notice, Publication

(1) The Convening Notice (the "**Convening Notice**") shall state the name, the place of the registered office of the Issuer, the time and venue of the Holders' Meeting, and the conditions on which attendance in the Holders' Meeting and the exercise of voting rights is made dependent, including the matters referred to in § 2(2) and (3).

(2) The Convening Notice shall be published promptly in the electronic Federal Gazette (*elektronischer Bundesanzeiger*) and additionally in accordance with the provisions of § 11 (Notices) of the body of the Terms and Conditions. The costs of publication shall be borne by the Issuer.

(3) From the date on which the Holders' Meeting is convened until the date of the Holders' Meeting, the Issuer shall make available to the Holders, on the Issuer's website the Convening Notice and the precise conditions on which the attendance of the Holders' Meeting and the exercise of voting rights shall be dependent.

§ 5

Agenda

(1) The person convening the Holders' Meeting shall make a proposal for resolution in respect of each item on the agenda to be passed upon by the Holders.

(2) The agenda of the Holders' Meeting shall be published together with the Convening Notice. § 4(2) and (3) shall apply *mutatis mutandis*. No resolution may be passed on any item of the agenda which has not been published in the prescribed manner.

(3) One or more Holders holding together not less than 5 per cent. of the outstanding Notes may require that new items are published for resolution. § 1(2) to (4) shall apply *mutatis mutandis*. Such new items shall be published no later than the third day preceding the Holders' Meeting.

(4) Any counter motion, which shall preferably be made in writing, announced by a Holder before the Holders' Meeting shall promptly be made available by the Issuer to all Holders up to the day of the Holders' Meeting on the Issuer's website.

§ 6

Proxy

(1) Each Holder may be represented at the Holders' Meeting by proxy. Such right shall be set out in the Convening Notice regarding the Holders' Meeting. The Convening Notice shall further specify the prerequisites for valid representation by proxy.

(2) The power of attorney and the instructions given by the principal to the proxy holder shall be made in text form (*Textform*). If a person nominated by the Issuer is appointed as proxy, the relevant power of attorney shall be kept by the Issuer in a verifiable form for a period of three years.

§ 7

Chair, Quorum

(1) The person convening the Holders' Meeting shall chair the meeting unless another chairman has been determined by the court.

(2) In the Holders' Meeting the chairman shall prepare a roster of Holders present or represented by proxy. Such roster shall state the Holders' names, their registered office or place of residence as well as the number of voting rights represented by each Holder. Such roster shall be signed by the chairman of the meeting and shall promptly be made available to all Holders.

(3) A quorum shall be constituted for the Holders' Meeting if the persons present represent by value not less than 50 per cent. of the outstanding Notes. If it is determined at the meeting that no quorum exists, the chairman may convene a second meeting for the purpose of passing a new resolution. Such second meeting shall require no quorum. For those resolutions the valid adoption of which requires a qualified majority, the persons present at the meeting must represent not less than 25 per cent. of the outstanding Notes. Notes for which voting rights are suspended shall not be included in the outstanding Notes.

§ 8

Information Duties, Voting, Minutes

(1) The Issuer shall be obliged to give information at the Holders' Meeting to each Holder upon request in so far as such information is required for an informed judgment regarding an item on the agenda or a proposed resolution.

(2) The provisions of the German Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*) regarding the voting of shareholders at general meetings shall apply *mutatis mutandis* to the casting and counting of votes, unless otherwise provided for in the Convening Notice.

(3) In order to be valid each resolution passed at the Holders' Meeting shall be recorded in minutes of the meeting. If the Holders' Meeting is held in Germany, the minutes shall be recorded by a notary. If a Holders' Meeting is held abroad, it must be ensured that the minutes are taken in form and manner equivalent to minutes taken by a notary. § 130(2) to (4) of the Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*) shall apply *mutatis mutandis*. Each Holder present or represented by proxy at the Holders' Meeting may request from the Issuer, for up to one year after the date of the meeting, a copy of the minutes and any annexes.

§ 9

Publication of Resolutions

(1) The Issuer shall at its expense cause publication of the resolutions passed in appropriate form. If the registered office of the Issuer is located in Germany, the resolutions shall promptly be published in the electronic Federal Gazette (*elektronischer Bundesanzeiger*) and additionally in accordance with the provisions of § 11 (Notices) of the body of the Terms and Conditions. The publication prescribed in § 30e(1) of the Securities Trading Act (*Wertpapierhandelsgesetz*) shall be sufficient.

(2) In addition, the Issuer shall make available to the public by publication on the Issuer's website the resolutions passed and, if the resolutions amend the Terms and Conditions, the wording of the original Terms and Conditions, for a period of not less than one month commencing on the day following the date of the Holders' Meeting.

§ 10

Insolvency Proceedings in Germany

(1) If insolvency proceedings have been instituted over the assets of the Issuer in Germany, then any resolutions of Holders shall be subject to the provisions of the Insolvency Code (*Insolvenzordnung*), unless otherwise provided for in the provisions set out below. § 340 of the Insolvency Code shall remain unaffected.

(2) The Holders may by majority resolution appoint a Holders' Representative to exercise their rights jointly in the insolvency proceedings. If no Holders' Representative has been appointed, the insolvency court shall convene a Holders' Meeting for this purpose in accordance with the provisions of the Act on Debt Securities (*Schuldverschreibungsgesetz*).

(3) The Holders' Representative shall be obliged and exclusively entitled to assert the rights of the Holders in the insolvency proceedings. The Holders' Representative need not present the debt instrument.

(4) In any insolvency plan, the Holders shall be offered equal rights.

(5) The insolvency court shall cause that any publications pursuant to the provisions of the Act on Debt Securities (*Schuldverschreibungsgesetz*) are published additionally in the internet on the website prescribed in § 9 of the Insolvency Code.

§ 11

Action to set aside Resolutions

(1) An action to set aside a resolution of Holders may be filed on grounds of a breach of law or of the Terms and Conditions. A resolution of Holders may be subject to an action to set aside by a Holder on grounds of inaccurate, incomplete or denied information only if the furnishing of such information was considered to be essential in the reasonable judgement of such Holder for its voting decision.

(2) An action to set aside a resolution may be brought by:

1. any Holder who has taken part in the vote and has raised an objection against the resolution in the time required, provided that such Holder has acquired the Note before the publication of the Convening Notice for the Holders' Meeting or before the call to vote in a voting without a meeting;

2. any Holder who did not take part in the vote, provided that his exclusion from voting was unlawful, the meeting had not been duly convened, the voting had not been duly called for, or if the subject matter of a resolution had not been properly notified.

(3) The action to set aside a resolution passed by the Holders is to be filed within one month following the publication of such resolution. The action shall be directed against the Issuer. The court of exclusive jurisdiction in the case of an Issuer having its registered office in Germany shall be the Regional Court (*Landgericht*) at the place of such registered office or, in case of an Issuer having its registered office abroad, the Regional Court (*Landgericht*) of Frankfurt am Main. § 246(3) sentences 2 to 6 of the Stock

Corporation Act (*Aktiengesetz*) shall apply *mutatis mutandis*. A resolution which is subject to court action may not be implemented until the decision of the court has become *res judicata*, unless a senat of the Higher Regional Court which is superior to the court competent pursuant to sentence 3 above as the relevant instance rules, pursuant to § 246a of the Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*), upon application of the Issuer that the filing of such action to be set aside does not impede the implementation of such resolution. § 246a(1) sentences 1 and 2 and (2), (3) sentences 1 to 4 and 6 and (4) of the Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*) shall apply *mutatis mutandis*.

§ 12

Implementation of Resolutions

- (1) Resolutions passed by the Holders' Meeting which amend or supplement the contents of the Terms and Conditions shall be implemented by supplementing or amending the relevant Global Note. If the Global Note is held with a securities depository, the chairman of the meeting shall to this end transmit the resolution passed and recorded in the minutes to the securities depository requesting it to attach the documents submitted to the existing documents in an appropriate manner. The chairman shall confirm to the securities depository that the resolution may be implemented.
- (2) The Holders' Representative may not exercise any powers or authorisations granted to it by resolution for as long as the underlying resolution may not be implemented.

Part B
PROVISIONS APPLICABLE TO RESOLUTIONS TO BE PASSED
BY VOTES OF HOLDERS WITHOUT MEETINGS

Taking of Votes without Meeting

- (1) §§ 1 to 12 of Part A shall apply *mutatis mutandis* to the taking of votes without a meeting, unless otherwise provided in the paragraphs below.
- (2) The voting shall be conducted by the person presiding over the taking of votes. Such person shall be a notary appointed by the Issuer, or the Holders' Representative if the latter has called for the taking of votes, or a person appointed by the court. § 1(2) sentence 2 of Part A shall apply *mutatis mutandis*.
- (3) The call for the taking of votes shall specify the period within which votes may be cast. Such period shall not be less than 72 hours. During such period, the Holders may cast their votes in text form (*Textform*) to the person presiding over the taking of votes. The Convening Notice may provide for other forms of casting votes. The call for the taking of votes shall give details as to the prerequisites which must be met for the votes to qualify for being counted.
- (4) The person presiding over the taking of votes shall determine the entitlement to vote on the basis of proof presented and shall prepare a roster of the Holders entitled to vote. If a quorum does not exist, the person presiding over the taking of votes may convene a Holders' Meeting. Such meeting shall be deemed to be a second meeting within the meaning of § 7(3) sentence 3 of Part A. Minutes shall be taken of each resolution passed. § 8(3) sentences 2 and 3 of Part A shall apply *mutatis mutandis*. Each Holder who has taken part in the vote may request from the Issuer, for up to one year following the end of the voting period, a copy of the minutes and any annexes.
- (5) Each Holder who has taken part in the vote may object in writing to the result of the vote within two weeks following the publication of the resolutions passed. The objection shall be decided upon by the person presiding over the taking of votes. If he remedies the objection, he shall promptly publish the result. § 9 of Part A shall apply *mutatis mutandis*. If the person presiding over the taking of votes does not remedy the objection, he shall promptly inform the objecting Holder in writing.
- (6) The Issuer shall bear the costs of a vote taken without meeting and, if the court has granted leave to the application pursuant to § 1(2) of Part A, also the costs of such proceedings.